

Triumph der Lobby

Tabak Wie ein Verbot aus dem Koalitionsvertrag verschwand

Als die Agrarexperten von Union und SPD zu später Stunde ihren Tagungsraum im Paul-Löbe-Haus verließen, da waren sie guter Dinge. Die großen Streitpunkte hatten sie am Mittwoch vergangener Woche ausgeräumt, an ihre Partei- und Fraktionsspitzen mailten Teilnehmer einen ersten Entwurf des Verhandlungsstands. „Alles gut“, meldete ein Unterhändler per SMS.

Selbst eine der heikelsten Fragen wählten die Politiker geklärt. „Wir werden das Tabakaußenwerbeverbot umsetzen“, so hatte es die Runde in ihrem Papier notiert. Niemand hatte widersprochen, auch die Experten der Arbeitsgruppe Gesundheit signalisierten Zustimmung. Der kurze Satz

nen Passus. Die SPD ergab sich. Der Satz wurde gelöscht, auch im Koalitionsvertrag taucht er nicht mehr auf.

Wer mit „ganz oben“ gemeint war, wollte niemand in der Runde offen sagen, aber die Verhandler hegen keinen Zweifel: Der Wirtschaftsflügel der Union opponiert gegen das Projekt, und Fraktionschef Volker Kauder hat es schon einmal ausgebremst.

Erst in der vorigen Legislaturperiode hatte sich das Kabinett der Großen Koalition auf einen Gesetzentwurf geeinigt, der Tabakwerbung an Außenflächen ab 2020 verbieten sollte. Doch das Gesetz wurde nie beschlossen, weil es von der Tagesordnung des Parlaments verschwand. „Leider gibt es in der Unionsfraktion derzeit noch Widerstände“, hatte sich der damalige SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann in einem Brief an die Bundesärztekammer empört.

Es war Unionsfraktionschef Kauder, der damals interveniert hatte. Auch heute argumentiert er intern, die Union dürfe sich nicht als Verbotspartei inszenieren. Kommunalpolitiker wiederum sträuben sich gegen das Verbot, weil sie um die Häuschen an ihren Bushaltestellen fürchten, die in vielen Städten mit Werbung finanziert werden. Die Tabaklobby nimmt beide Thesen dankbar auf.

Brüskiert sind nun gleich drei prominente Fraktionskollegen Kauders: Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), die Drogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) und Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hatten beharrlich für das Verbot gekämpft. Noch vor gut einem Jahr hatten sie an ihre Kollegen geschrieben: „Jedes Jahr sterben in Deutschland etwa 121 000 Menschen an den Folgen des Rauchens.“ Der Zusammenhang von Werbung und Krankheitshäufigkeit sei „wissenschaftlich eindeutig bewiesen“.

Geblichen ist von den großen Plänen im Koalitionsvertrag nur ein dürres Sätzchen. „Wir werden Drogenmissbrauch weiterhin bekämpfen und dabei auch unsere Maßnahmen zur Tabak- und Alkoholprävention gezielt ergänzen.“

Cornelia Schmergal

schrift“, erklärt Schulz, als er das Werk präsentiert. Das klingt großspurig, aber weder Merkel noch Seehofer, die neben ihm stehen, widersprechen. Und es stimmt: Wer sich durch die 177 Seiten des neuen schwarz-roten Koalitionsvertrags arbeitet, stellt sich am Ende vor allem eine Frage – wie hat die SPD das Kunststück vollbracht, ihre Verhandlungserfolge in den vergangenen Wochen derart kleinzureden?

Das Steuerkonzept der Koalitionäre entlastet vor allem jene Klein- und Durchschnittsverdiener, denen sich die Partei seit je besonders verpflichtet fühlt. Unternehmen dagegen werden zur Kasse gebeten; so müssen sie künftig auch den Krankenversicherungs-Zusatzbeitrag hälftig mitzahlen, den die Beschäftigten bislang entrichten mussten. Zudem sollen befristete Arbeitsverträge auf Druck der SPD eingeschränkt, die Leiharbeit überprüft werden. Was da vereinbart wurde, sagt Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, sei „noch scheußlicher als erwartet“.

Fast in jedem Politikbereich stimmte die Union SPD-Projekten zu, die sie bis vor Kurzem noch bekämpft hatte. Eine Grundrente für Geringverdiener? War in der vergangenen Amtsperiode an der Union gescheitert. Eine Altersvorsorgepflicht für Selbstständige? Galt Unionspolitikern als Anschlag auf die Eigenverantwortung. Ein staatlich organisierter Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose? Wurde als unfinanzierbar abgelehnt. Seit Mittwoch ist klar: Was gestern noch unmöglich war, könnte bald offizielle Regierungslinie sein.

Dass die nächste Regierung versucht, die jahrelang gewachsene Kluft zwischen Arm und Reich zumindest ein wenig zu verringern, gehört gewiss zu den positiven Elementen des Koalitionsvertrags. Vernünftig ist auch, dass sie mehr Geld für Straßen, Schulen oder Kitaplätze ausgeben will.

Das Problem ist nur: Um Deutschland moderner zu machen, fehlt es in vielen Bereichen nicht am Geld, sondern an Reformen. Beim Klimaschutz haben Union und SPD schon in der vergangenen Legislaturperiode ihre Ziele verfehlt, weil sie es nicht wagten, in großem Stil Kohlekraftwerke zu schließen. Nun soll eine Kommission das Thema bearbeiten.

Die Frage, wie im alternden Deutschland die Renten auskömmlich und die Beiträge bezahlbar gehalten werden können, soll ebenfalls in eine Kommission abgeschoben werden. Oliver Ehrentraut, Sozialexperte der Basler Prognos AG, wirft den Verhandlern vor, die Bürger „orientierungslos“ zurückzulassen. Käme es zu einer dauerhaften Festschreibung von Beiträgen und Rentenniveau über 2025 hinaus, wie es die SPD fordert, sei das auf Dauer nicht finanzierbar. „Die Belastungen für den Steuerzahler nähmen massiv zu, und



Tabakwerbung auf Rügen
„Leider gibt es Widerstände“

hätte eine jahrelange Peinlichkeit beendet.

Deutschland ist der einzige Mitgliedstaat in der EU, in dem es der Tabakindustrie noch gestattet ist, für Zigaretten an Hauswänden oder Litfaßsäulen zu werben. Schon vor 14 Jahren hatte sich die Bundesrepublik in einem internationalen Abkommen verpflichtet, bis 2010 ein umfassendes Tabakwerbeverbot einzuführen. Doch Druck aus der Industrie hat das bis heute verhindert. Und nun hat es den Anschein, als hätten die Lobbyisten wieder ganze Arbeit geleistet.

Als sich die Landwirtschaftsexperten am folgenden Tag erneut trafen, zeigten sich Politiker der Union zerknirscht. Der Satz zum Werbeverbot könne doch nicht bleiben, teilten sie der überrumpelten Runde mit. „Ganz oben“ gebe es Widerstände, im Papier zeigten diese sich später in einem schwarzen Balken über dem umstritte-